

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 15. April 1888.

Nr. 177.

Deutschland.

Berlin, 14. April. Aus dem Charlottenburger Schloß wird gemeldet, daß der Kaiser, welcher nach der gestrigen Ausfahrt noch einen Spaziergang in der Drangerie gemacht hatte, die verfloßene Nacht ziemlich gut verbracht und heute früh bereits um 7 1/2 Uhr das Lager verlassen hat. Gegen 9 Uhr begab sich Se. Majestät nach der Drangerie und empfing dort zum Vortrag den Chef des Zivilkabinetts, Herrn v. Bismarck, und den Chef des Militärkabinetts, General von Albedyll, welcher etwa 2 Stunden mit dem Monarchen arbeitete.

Um 11 1/2 Uhr unternahmen der Kaiser und die Kaiserin im geschlossenen Wagen — gefolgt vom dienstthuenden Adjutanten und dem Dr. Madenjian — eine Spazierfahrt, von welcher das Kaiserpaar um 1 Uhr zurückkehrte. Nach der Heimkehr ließ der Kaiser im Freien sich sein Leibrock „Wörth“ vorführen, streifte dasselbe und reichte ihm Zucker. Kurz vor der Ausfahrt der Majestäten war die Kronprinzessin vorgelassen, welche der Kaiserin ein Maiblumen-Bouquet überreichte und sodann nur die Abfahrt des kaiserlichen Wagens abwartete, um nach Berlin zurückzufahren.

Am Vormittag hatten die Prinzessinnen-Töchter sich nach dem Marstall begeben, von wo aus die Prinzessinnen Viktoria und Margarethe in einem zweirädrigen Wagen, den Prinzess Viktoria lenkte, einen kurzen Ausflug unternahmen, während Prinzess Sophie in das Schloß zurückkehrte. Um 11 1/2 Uhr machte Prinzessin Viktoria sodann noch in Begleitung ihrer Hofdame eine Fahrt nach Berlin und kehrte nach Verlauf einer Stunde nach Charlottenburg zurück. Die Prinzessin wurde in Berlin vom Publikum überaus sympathisch begrüßt und dankte mit freundlichem Neigen des Hauptes für diese Grüße.

Die Königin Viktoria von England wird am 24. oder 25. d. M. in Charlottenburg erwartet. Die Königin Viktoria wird im Charlottenburger Schloß wohnen, wohin die Ausstattung der betreffenden Zimmer aus dem Potsdamer Schloß hinübergebracht worden ist. Die Auswahl des Meublements ist durch Herrn Dr. Dohm und zwei englische Herren erfolgt. Die beabsichtigte Uebersiedelung des Kaiserpaars nach Potsdam wird durch den Besuch der Königin von England um einige Tage verzögert.

Unter den Linden hatten sich in den Vormittagsstunden Tausende von Menschen gesammelt, in der Hoffnung, daß Kaiser Friedrich auch heute wieder bei der milden Witterung seine Reichshauptstadt besuchen werde. Es war verbreitet worden, daß der Monarch das Charlottenburger Schloß verlassen habe und in der Richtung nach Berlin gefahren sei. So wartete denn eine ungeheure Menschenmenge auf die Ankunft Kaiser Friedrichs. Vom Palais bis zum Brandenburger Thor war die Fahrstraße von einer dichten, mehrgliedrigen Menschenkette eingesäumt, die dort geduldig stundenlang ausharrte. Oft, wenn nur Pferdegeklappel vom Brandenburger Thor her hörbar ward, hieß es: „Sie kommen, sie kommen“, dann wandten sich alle Augen nach dem Siegesthor, Alles brängte vor — immer vergebens. Der Kaiser kam nicht, die Wagen hatten einen anderen Weg genommen und waren nicht in die Residenz eingefahren. Aber erst spät, gegen halb zwei Uhr, gab die Mehrzahl der Wartenden die Hoffnung auf, den Kaiser doch noch zu sehen, und auch dann noch wollten einzelne besonders Ausdauernde nicht weichen.

Ihre Majestät die Kaiserin und Königin Augusta hat das nachstehende Hand schreiben mit einer weiteren Gabe von 3000 Mark an den Vorstand des Vaterländischen Frauen-Vereins gerichtet:

„Nachdem die aus dem Ueberschwemmungsgebiet hiesiger berufenen Delegirten einen Ueberblick über die dem Vaterländischen Frauen-Verein in der nächsten Zeit erwachsende Thätigkeit gewährt haben, halte ich es für meine Pflicht, mit einem erneuten Beitrag ein bittendes Wort an seine Mitglieder zu richten. Das gegenwärtige Unglück kommt keinem gleich, welches in Friedenszeit seit lange uns betroffen hat. Es wird dem Beruf der 650 Zweigvereine gemäß denselben zur Ehre gereichen, durch gemeinnützige dauernde Betheiligung an dem Rettungswerk der

Trauer um den Vater des Vaterlandes den besten Ausdruck zu geben.

Berlin, den 12. April 1888.

gez. Augusta.

An den Vorstand des Vaterländischen Frauen-Vereins.

— Nach in Baden-Baden eingetrossener Nachricht wird die Kaiserin von Oesterreich am Montag, den 16. d. M., dort eintreffen. Der Aufenthalt ist auf längere Zeit bestimmt.

— Das „Berl. Tagebl.“ erhält die folgende Zuschrift:

„Mit Bezug auf die Notiz im „Berliner Tageblatt“ vom 10. d. Mts. betreffend die Ueberweisung eines Betrages von 3000 Mark an Ihre Majestät die Kaiserin für die Nothleidenden der Provinz Posen erkläre ich, um Mißdeutungen zu vermeiden, Folgendes: Bald nach meiner am 6./7. Dezember v. Js. wegen Beleidigung von Beamten des königlichen Kriegsministeriums erfolgten Verurtheilung zu einer Geldbuße erließ der mir bis dahin gänzlich unbekannte Rentier Herr Huth, Königsgräberstraße Nr. 20, ohne mein Wissen und Willen in einer Zeitung einen Aufruf zur Sammlung von Beiträgen zum Zwecke der Bezahlung der erkannten Geldstrafe nebst Kosten für mich. In Folge dessen gingen mir — meist anonym — größere Geldbeträge zu mit dem Anheimstellen, falls ich dieselben nicht zur Bezahlung der Geldstrafe verwenden wolle, die Gelder zu wohlthätigen Zwecken zu benutzen. Durch die Gnade Sr. Majestät des Kaisers ist mir nun die Geldstrafe nebst Kosten erlassen, und habe ich im Sinne der hochherzigen Geber zu handeln geglaubt, wenn ich die Gelder zur Unterstützung der Nothleidenden in der Provinz Posen verwende. Der Herr Ober-Präsident der Provinz Posen von Zedlitz hat nun an mich im Allerhöchsten Auftrage ein Dankschreiben gerichtet, worin ich den Spendern dieser Geldbeiträge Kenntniß zu geben mir gestatte.

Berlin, 12. April 1888.

von Carlenn-Lichterfelde.

— Gestern Vormittag nahmen der Justizminister, der Hausminister und der Geheime Regierungsrath v. Unruhe die Papiere und Briefschaften, welche noch im gelben Zimmer des Kaisers Wilhelm verschlossen lagen, an sich. Dieselben wurden nach dem Hausministerium überführt.

— Zur Kanzlerkrise schreibt die „Kölnische Zeitung“:

Die Form, in welcher die Kanzlerkrise beigelegt wurde, wird in den Blättern verschiedend dargestellt. Es kommt nicht viel darauf an. Wir wissen, daß Kaiserin und Kanzler an ihrem grundsätzlichen Standpunkt festhalten, daß aber die Kaiserin die Entscheidung in das einfache Wort ihres hohen Gemahls legte und erklärte, es auf Weiteres bei dieser Entscheidung bewenden lassen zu wollen. Der Kaiser hat dann entschieden, daß von der Battenbergischen Angelegenheit bis auf Weiteres keine Rede mehr zu sein habe. Daraufhin hat der Reichskanzler sich bereit erklärt, weiter zu dienen, so lange seine Kräfte reichen und die Angelegenheit Battenberg ruht. Die Gewähr ist gegeben, daß dieselbe so bald nicht wieder hervortreten werde; denn jeder, der etwa versucht sein könnte, sie wieder aufzuführen, weiß, was für Folgen dieser Versuch für ihn haben würde. Sonach ist die Kanzlerkrise zwar nicht für immer beseitigt, aber sie ruht. Die „Germania“, die so lange das Vorhandensein einer Krise geleugnet und unsere Nachrichten bestritten hat, fragt heute, was wohl die „Kölnische Zeitung“ nimmere (nachdem die Krise zur Ruhe gekommen) beginnen werde. Wir wollen es nicht der Fragerin, sondern unsern Lesern und Freunden gleich heute sagen. Wir wollen es unserm Kaiser und seiner Gemahlin ewig Dank wissen, daß sie in dieser herben und gefährlichen Prüfung die oberste Tugend des Herrscherberufes geübt haben, indem sie das Wohl des Reiches über alle persönlichen Wünsche stellten und so vom deutschen Volke eine Sorge nahmen, die es tief bedrückte. Ganz Deutschland sagt heute von den Alben bis zu den Inseln in unserm Nordmeer seinem Kaiserpaar innigsten Dank für die erhabene, in der Stille geübte That im Dienste des Vaterlandes, die seiner freien Entscheidung und

dem reinsten Pflichtgefühl entsprang; sie sichert ihm die Liebe des Volkes mehr, als es die glänzendsten Großthaten vermöchten. Das ist es, was wir nimmere beginnen: unsern Kaiser Friedrich doppelt lieben. Wir hoffen, daß die Freunde der „Germania“ und aller der zahlreichen Blätter, die während der vergangenen sorgenvollen Tage an demselben Stränge mit ihr zogen, gleichfalls nichts anderes zu beginnen finden werden.

— Der Brüsseler „Nord“ bespricht in seiner neuesten Nummer die Kanzlerkrise in Deutschland und meint, daß dieselbe andere Ursachen haben müsse, als die geplante Verlobung des Prinzen Alexander von Battenberg mit der Prinzessin Viktoria. Das russische Blatt sucht die wahre Ursache der Kanzlerkrise in Meinungsverschiedenheiten zwischen Kaiser Friedrich und Fürst Bismarck in Fragen der inneren Politik. Der „Nord“ glaubt, daß der eventuelle Rücktritt des deutschen Reichskanzlers wohl Folgen für die innere deutsche Politik nach sich ziehen, eine Aenderung in der friedlichen auswärtigen Politik Deutschlands aber nicht veranlassen werde. Hierfür bürgen die Kundgebungen des deutschen Kaisers bei seiner Thronbesteigung.

Die boulangistische Bewegung in Frankreich nennt der „Nord“ den Anfang einer französischen Abenteuerpolitik, welche sowohl Frankreich wie dem Frieden gefährlich werden könne.

— Die „Köln. Ztg.“ berichtet: Mit vielen anderen Zeitungen brachten wir unlängst von einem thüringischen Korrespondenten eine Mittheilung über Schwierigkeiten, denen die Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm in Greiz begegne. Schon gleich darauf erklärte derselbe Korrespondent, eines Besseren belehrt, daß die Nachricht bestritten werde. Nachträglich erhalten wir aus Greiz vom 11. d. M. noch folgende von dem Regierungs-Präsidenten, Wirl. Geh. Rath Faber, unterzeichnete Berichtigung: „Die in Nr. 94 der „Köln. Ztg.“ enthaltene Mittheilung aus Thüringen, Se. Durchlaucht der Fürst Reuß älterer Linie wolle „keinen Fuß breit“ Greizer Erde zu einem Denkmal für Kaiser Wilhelm hergeben und auch nicht gestatten, daß das Denkmal auf dem Markte zu Greiz aufgestellt finde, ist völlig unwahr, eine reine Erfindung.“

— Im Kreise Fr. Holland wird der durch das Hochwasser angerichtete Schaden auf 875,790 Mark geschätzt. Nach amtlicher Aufstellung beträgt dort das überschwemmte Gebiet 3500 Hektar mit 500 Gebäuden, bewohnt von 400 Familien.

— Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Aus den kürzlich stattgehabten Verhandlungen der Gewerbekammer für die Provinz Pommern verdient ein Vorkommniß hervorgehoben zu werden, welches in recht lehrreicher Weise die in den jüngsten wirtschaftspolitischen Kämpfen hervorgetretenen agrarischen Bestrebungen beleuchtet. Die Gewerbekammer, welche gleich allen ähnlichen Institutionen aus Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und des Handwerks zusammengefaßt ist, hatte sich in ihrer letzten Sitzung am 10. d. Mts. auch mit den gedruckt vorliegenden Berichten zu beschäftigen, den die einzelnen Abtheilungen über die Lage und Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Provinz für das Jahr 1887 erstattet hatten. Das Plenum der Gewerbekammer hat es dabei nach eingehender Diskussion abgelehnt, den Bericht über die Lage der Landwirtschaft sich in ihrer Gesamtheit zu eigen zu machen und dies in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, die gegen die alleinigen Stimmen der neun Vertreter der Landwirtschaft einstimmig angenommen wurde. Die Nothlage der landwirtschaftlichen Berufskreise, heißt es in der Resolution, werde in dem Bericht im Allgemeinen in zu düsteren Farben geschildert und im Besonderen die Herbeiführung besserer Zustände allzusehr von weiterer Staatshilfe abhängig gemacht. Von dem Geiste, in welchem der beanstandete Bericht abgefaßt war, mögen einige Proben eine Vorstellung geben. Es heißt darin u. A.:

„Die Lage der Landwirtschaft Pommerns muß als eine tieferste bezeichnet werden. Trotz der durchaus zufriedenstellenden Ernteerträge der letzten Jahre ist die Rentabilität des landwirtschaftlichen Gewerbes eine stetig sinkende gewesen.

Die von Jahr zu Jahr gesteigerte Masseneinfuhr von ausländischen Produkten der Landwirtschaft aller Art drückte aufs empfindlichste auf die Preise und führte im Oktober 1887 einen Preisstand des Getreides herbei, wie er thatsächlich nur in einzelnen Jahren des Jahrhunderts niedriger gewesen ist. Ähnlich wie das Getreide waren auch fast sämtliche Produkte der Viehzucht einem stetigen Preisfalle unterworfen. . . Die Landwirtschaft befindet sich inmitten einer akuten Krise, die naturgemäß zwar in erster Linie den Großgrundbesitz bedroht, die aber zweifellos auch auf den mittleren und kleineren Besitz sich bereits ausgebreitet hat. . . Es erscheint nur allzu begreiflich, wenn eine allgemeine Muthlosigkeit allmählich auch in weiteren Kreisen Platz zu greifen beginnt. . . Darin besteht gerade das Gefährliche eines jeden landwirtschaftlichen Nothstandes, daß die Devastation des Bodens die unausbleibliche Folge desselben ist und daß somit in letzter Instanz der landwirtschaftliche Nothstand zu einem nationalen Unglück sich gestaltet.“

— Eine umfassende öffentliche Verbingung, welche auch für die deutsche Industrie Beachtung verdient, ist vor Kurzem von der Regierung der Republik Chile ausgesprochen worden. Es handelt sich um den Bau von elf in Chile zu erbauenden neuen Eisenbahnlinien in einer Gesamtlänge von nicht weniger als 1175 Kilometer, für deren Herstellung Unternehmer des In- und Auslandes zur Abgabe von Preisgeboten aufgefordert werden, welche bis zum 31. Juli d. Js. beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Santiago einzureichen sind. Die aufgestellten Vorarbeiten, Pläne u. s. w. können bei dem genannten Ministerium und bei den chilenischen Gesandtschaften im Auslande eingesehen werden. Die Preisgebote dürfen sich auf sämtliche Linien oder einzelne derselben beziehen und müssen die vollständige Fertigstellung der Bahnen einschließlich aller Betriebsmittel umfassen. Das im Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Berlin herausgegebene „Zentralblatt der Bauverwaltung“ giebt in seiner neuesten Nummer über die Bedingungen der Ausschreibung ausführlichere Mittheilungen und bemerkt dazu: Im Hinblick auf die geordneten inneren Zustände Chiles und seine günstige Finanzlage kann eine Betheiligung der deutschen Industrie an den in Rede stehenden Eisenbahnbauten nur als erwünscht bezeichnet werden. Daß deutsche Unternehmer bei der chilenischen Regierung einer wohlwollenden Aufnahme sicher sein dürfen, wird uns von zuständiger Seite ausdrücklich bestätigt.

— Die verfügbaren Bestände der 62 Berliner Orts- und 12 Betriebs-Krankenkassen haben nach dem letzten Ausweise vom 15. März d. Js. den Betrag von 2 Millionen Mark, welche theils in baar bei der Sparkasse, theils in pupillarischen Werthpapieren angelegt sind, überschritten. Zum ersten Male seit langer Zeit zeigt sich ein kleiner Rückgang (24,000 Mark) in der Vermehrung der Fonds. Es ist dies ein deutliches Zeichen für die Folgen des in diesem Jahre überaus harten, lang andauernden Winters. Der Rückgang trifft hauptsächlich solche Kassen, welche das Baugewerbe vertreten. Indes ist es gewiß, daß — wie alljährlich — der Sommer den Rückgang wieder einbringen, auch den betreffenden Kassen neue Vermehrung ihrer Mittel zuführen wird. Im Allgemeinen ist der Stand aller gewerblichen Hilfskassen Berlins, soweit solche der Kontrolle der Stadtverwaltung unterliegen, ein stetig günstiger; die großen Kassen entwickeln sich nach wie vor aufs Beste und nähern sich in stets rascherem Zeitmaß der Erfüllung des Reservefonds. Die Gewerbe-Deputation des Magistrats wird die Betriebs-Ergebnisse der Orts- und Betriebs-Krankenkassen pro 1887 in einer umfassenden Zusammenstellung in kurzer Frist bekannt geben.

— Beim Bundesrath ist ein Antrag der Bremer Bank eingegangen. Die Generalversammlung derselben hat am 12. d. M. eine Aenderung des Statuts beschlossen, durch welche das Verbot desselben, Waaren zu beleihen, aufgehoben werden soll. Das Motiv dieses Beschlusses beruht, abgesehen von der allgemeinen Lage des Geldmarktes, vornehmlich in der Erwägung, daß der nach dem Zollanschlusse vorzunehmende Betrieb in den bremischen Frei-

bezirten und die mehr und mehr hervortretenden Bestrebungen nach allgemeiner Einführung des (in Bremen schon gesetzlich geregelten) Lager- scheins- und Warrantsystems das Bedürfnis nach Belebung der hier lagernden Waare in verstärk- tem Maße hervorrufen wird. Der Verwaltungsrath der Bank hat daher den Senat ersucht, nach erwirkter Genehmigung des Bundesraths einige Aenderungen des Statuts zu bestätigen. Der Senat hat diese nach dem Reichsbankge- setze zulässige und sachlich unbedenkliche Statutsän- derung zu bestätigen beschlossen und die nach § 47 des Reichsbankgesetzes erforderliche Genehmigung des Bundesraths beantragt.

Dem Abgeordnetenhaufe ist das Noth- standsgesetz zugegangen. Dasselbe lautet: § 1. Der Staatsregierung wird der Be- trag von vier und dreißig Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um daraus:

- 1) aus Anlaß der in verschiedenen Strom- gebieten des Staates durch die Hochwasser des Frühjahres 1888 herbeigeführten Be- schädigungen Beihilfen zu gewähren, ins- besondere:
 - a. an einzelne Beschädigte zur Erhaltung im Haus- und Nahrungszustande;
 - b. an Gemeinden zur Wiederherstellung ihrer geschädigten gemeinnützigen An- lagen;
 - c. zur Wiederherstellung und nothwendigen Verbesserung beschädigter Deiche, Ufer- schutzwerke und damit in Verbindung stehender Anlagen;

- 2) die durch das Hochwasser beschädigten Staatsbahnen- und sonstigen staatlichen Bauanlagen wieder herzustellen und soweit nöthig zu verbessern.

Die Beihilfen nach den Bestimmungen unter 1 a, b und c können ohne die Auflage der Rückgewähr bewilligt werden.

§ 2. Die Bewilligung der Beihilfen zu den im § 1 unter 1 a und b bezeichneten Zwecken erfolgt unter Mitwirkung von Kreis- und Provinzialkommissionen.

Es fungirt als Kreiscommission der Kreis- ausschuss, als Provinzialcommission der Provin- zialausschuss.

In der Provinz Posen wird die Kreiskom- mission von der Vertretung jedes Kreises be- sonders gewählt; als Provinzialcommission fungirt dort die provinzialständische Verwaltungskom- mission.

Die Kreis- und die Provinzialcommissionen sind befugt, sich durch Kooptation zu verstärken. In der Kreiscommission führt der Landrath, in der Provinzialcommission der Oberpräsident den Vorsitz.

§ 3. Zur Bewilligung der im § 1 ge- dachten vierunddreißig Millionen Mark ist eine Anleihe durch Veräußerung eines entsprechenden Betrages von Schuldverschreibungen aufzunehmen.

Wann, durch welche Stelle, und in welchen Beträgen, zu welchem Zinsfuße, zu welchen Be- dingungen die Kündigung und zu welchen Kursen die Schuldverschreibungen veräußert werden sollen, bestimmt der Finanzminister.

Im Uebrigen kommen wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe und wegen Verjährung der Zinsen die Vorschriften des Gesetzes vom 19. December 1869 (Gesetzamml. S. 1197) zur Anwendung.

§ 4. Dem Landtage ist bei dessen nächster regelmäßiger Zusammenkunft über die Ausfüh- rung des Gesetzes Rechnung zu geben.

Die holländische Ministerkrise kann als beendet angesehen werden. Das „B. T.“ empfängt folgendes Privattelegramm aus dem Haag:

Baron May hat nunmehr seine Minister- liste fertiggestellt. Das neue Cabinet wird aus- schließlich aus den protestantischen und katholischen Konservativen bestehen. Die amtliche Publikation wird Montag im „Staatscourant“ veröffentlicht. Reuchensin soll Präsident der zweiten Kammer werden, unmittelbar nach Konstituierung des neuen Ministerraths verläßt der König den Haag und nimmt dauernden Aufenthalt auf Schloß Lee.

Aus London wird der „Pol. Kor.“ geschrieben: In den Kreisen der englischen Ma- rine beschäftigt man sich gegenwärtig sehr eifrig mit der Frage der Vertheidigung der englischen Küsten und des Schutzes des englischen Handels im Falle eines Krieges. Man zieht hierbei ins- besondere einen Vergleich zwischen dem Stande der englischen Flotte zur Zeit Napoleons I. und ihrer gegenwärtigen Lage. Alle Welt gelangt hierbei übereinstimmend zu dem Ergebnisse, daß die Seemacht Englands zur Zeit in viel geringe- rem Maße im Stande sei, im Falle eines Krieges Frankreich wirksamen Widerstand entgegenzusetzen, als zu Beginn des Jahrhunderts. England, be- zont man, befindet sich vielmehr in dieser Bezie- hung in der gleichen Lage, wie unter der Herr- schaft Elisabeth's, Karl II. und unter dem Re- gime Cromwell's. Zu jener Zeit war die eng- lische Flotte in Seekriegen wohl im Stande, dem Feinde zur See die Spitze zu bieten, sie verfügte aber nicht über genügende Kräfte, um den Handel, die Kolonien oder auch nur den eigenen Boden Englands zu schützen. Gegenwärtig hänge aber der Bestand Englands vollständig von seinem Handel ab; wird der Handel vernichtet, so erliegt das Land der Hungersnoth. Die oberste Pflicht der Flotte würde somit darin bestehen, den eng- lischen Handel gegen feindliche Kreuzer zu schützen, eine Aufgabe, welche die Mehrzahl der Schiffe der englischen Marine in Anspruch nehmen würde, Frankreich und Rußland, deren Lebensbedürfnisse nicht von ihrem Handel abhängen, befinden sich

in diesem Punkte in viel vortheilhafterer Lage, und nachdem diese Mächte zusammen über 20 geblendete (bombenfest gemachte) Fregatten erster Klasse verfügen, welchen 24 solche Fregatten der englischen Flotte gegenüberstehen, springt es in die Augen, daß im Falle eines Krieges mit diesen beiden Staaten die Seemacht Englands zur Ver- hinderung einer Invasion nicht hinreichen würde und noch weniger die englischen Kolonien wirks- am zu schützen vermöchte. In Folge dieser Er- wägungen wird eine sehr beträchtliche Erhöhung des Marinebudgets, welches sich auf 13 Millionen Pfund Sterling bezieht, vorgeschlagen. Eng- land ist zur Zeit reich genug, um eine solche Er- höhung der Lasten zu ertragen, denn das Durch- schnitts-Einkommen jedes Individuums in Eng- land beträgt gegenwärtig 32,10 Pfd. St. (406 Mark), während es im Jahre 1837 sich nur auf 19,18 Pfd. (247 Mark) beziffert hat, und die Abgaben, die es damals zu leisten hatte, dreimal so groß waren, als heute.

„D. T. B.“ meldet unterm gestrigen Datum aus Warschau:

„Ein vom 8. d. M. datirter Befehl des Kriegeministers verfügt die sofortige Einstellung aller Befestigungsbauten bei Warschau, Iwan- gorod, Zamoski, Luzk und Kowno. Die gegen- wärtig bei Bloclawec und Suwalki lagernden Kavalleriedivisionen Nr. 5 und 2 werden auf Warschau zurückgezogen.“

Die Meldungen des zitierten Büreaus aus Rußland trugen bis vor Kurzem keineswegs einen optimistischen Charakter; seit einiger Zeit jedoch bekunden sie eine ganz entschiedene Zunahme friedlicher Symptome.

Als die erste Nachricht von den in Südwestafrika gemachten Goldfunden nach Deutsch- land gelangte, verfehlte dieselbe nicht eines sen- sationellen Eindruckes auf weitere Kreise des Publikums. Die Thatfache selbst, so heißt es jetzt in einer offiziellen Auslassung, steht ja außer allem Zweifel. Das Vorkommen von Gold in unseren südwestafrikanischen Besitzungen ist er- wiesen, und Proben desselben sind dem Auswär- tigen Amte eingesandt worden. Ohne aus dem objektiven Thatbestande überschwängliche Konse- quenzen abzuleiten, hat die Reichsregierung es für ihre Pflicht gehalten, die dadurch gegebene Situation gesetzlich zu reguliren. Es geschah dies durch den Erlass des sog. Goldgesetzes, welches in erster Linie bestimmt ist, die Frage der Abbaumündigkeit des Edelmetalles zu ent- scheiden. Eine andere Tragweite wohnt dem Gesetze nicht inne. Es ist von Wichtigkeit, dies zu betonen, weil der Erlass des Goldgesetzes in vielen Köpfen die Vorstellung erweckt hat, als sei damit zugleich auch über die Ergiebigkeit der südwestafrikanischen Goldregion ein Urtheil schon gesprochen und dasselbe authentisch beglaubigt worden. Davon kann keine Rede sein. Der bloße Erlass eines Goldgesetzes präjudizirt der Entscheidung, ob Südwestafrika irgend nennens- werthe Quantitäten Goldes birgt, ganz und gar nicht. Hierbei müssen erst weitere Nachforschun- gen Klarheit verbreiten. Wer aber, ohne über die dortigen Verhältnisse ein sicheres Urtheil zu besitzen, aus spekulativen Gründen einem Unter- nehmen beiträgt, das auf der Annahme des Vor- kommens reicher Goldschätze in Südwestafrika fußt, thut das lediglich auf seine Gefahr hin, und würde sich nicht beklagen dürfen, selbst wenn ihm sein eingelegtes Kapital bis auf den letzten Pfennig verloren ginge. Dies zur Steuer von Ir- thümern, die den Betheiligten vielleicht verhäng- nißvoll werden könnten.

Potsdam, 13. April. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung ge- langte folgendes Schreiben des Kronprinzen zur Verlesung:

„Die beim Heimgange Seiner Hochseligen Majestät, Meines heissgeliebten Herrn Großvaters, von den Vertretern der Residenzstadt Potsdam zum Ausdruck gebrachte Gesinnung hat Mein tieftrauerndes Herz wohlthuend berührt. Möge die dankbare Erinnerung an die Segnungen Sei- ner Regierung lebendig bleiben bis in die spä- teste Zeit.“

Berlin, 20. März 1888.
Wilhelm,
Kronprinz des deutschen Reichs und von Preußen.

Kiel, 13. April. Anlässlich des Ablebens des Ober-Bürgermeisters Mölling richtete Seine königl. Hoheit Prinz Heinrich folgendes Schreiben hierher:

„Die mir soeben zugehende Nachricht von dem unerwartet erfolgten Hinscheiden des Ober- Bürgermeisters Mölling, des in mehr als 20jäh- riger Arbeit um das Gemeinwohl so hoch ver- dienten Oberhauptes der Stadt Kiel, hat mich mit tiefstem Bedauern erfüllt. Es drängt mich daher, dem Magistrat und dem Stadtverordneten- Kollegium auszusprechen, wie ich mit hoher Wür- digung und Anerkennung auch fernerhin eines Mannes gedenken werde, der, als treuer, allseitig geschätzter Diener seines Kaisers und Königs, die Liebe und Anerkennung seiner Mitbürger sich in so reichem Maße zu erwerben gewußt hat.“

Wilhelmshafen, den 11. April 1888.
Heinrich, Prinz von Preußen.

An den Magistrat und das Stadtverordneten- Kollegium von Kiel.

Wismar, 13. April. Nach einer Verordnung der königlichen Regierung zu Schleswig darf in Versammlungen von Fach- und Gewerkevereinen für die Zukunft nur noch über Streiks der eigen- ten, aber nicht mehr über diejenigen auswärtiger Vereine diskutiert werden.

Leipzig, 13. April. Die Abendung der ramentreichen Adresse an den Reichskanzler unter- bleibt vorläufig, da die Krise einstweilen beho- ben ist.

Gestern Abend 9 Uhr sprach das hiesige Landgericht das Urtheil in Sachen der wegen Zugehörigkeit zu einer verbotenen Verbindung an- geklagten 28 Steinmehnen. 23 wurden zu Ge- fängniß von 2—4 Monaten verurtheilt, die übrigen freigesprochen.

Nusland.

Amsterdam, 12. April. Gestern hat sich hier eine Wohlthätigkeits-Kommission für die in Folge der Ueberschwemmung in Deutschland Noth- leidenden gebildet; Ehrenpräsident derselben ist Jonkheer Schorer, Gouverneur der Provinz Hol- land, den Vorsitz führt Herr Hoyach, ehemaliger Konsul des deutschen Reichs in Amsterdam, und Schatzmeister sind D. Drost, Seeradar und M. Merens.

Paris, 13. April. Der neue Kriegesmini- ster de Freycinet wird bei der Berathung über die Militärgeetze eine Vermehrung der Artillerie verlangen. Seinem Plane zufolge wird dieselbe bestehen aus 457 Feldbatterien, 37 reitenden Batterien, 16 Gebirgsbatterien, im Ganzen 2722 bespannten Geschützen; dann aus 102 Festungs- batterien. Außerdem wird bei der Mobilmachung die Zahl der Feldgeschütze um 1572 vermehrt werden, so daß dieselbe im Kriegsfall 4314 be- tragen wird.

„Paris“ meldet, daß gestern Vormittag um 1/12 Uhr ein in Cañors, der Heimath Gam- betta's, wohnender, 35 Jahre alter Maurer drei kugelförmige Revolverschüsse gegen das Gitter des Elysee-Palastes abgefeuert hat, um, wie er nach seiner Verhaftung erklärte, die Aufmerksamkeit des Präsidenten der Republik auf seinen hilflosen Zustand zu lenken.

Paris, 13. April. Floquet wird Carnot auf der Reise nach Bordeaux begleiten.

Bou langer richtete gestern an den Präsi- denten der Deputirtenkammer ein Schreiben, worin er erklärte, daß er „als Deputirter der Dordogne seine Entlassung nehme“.

Belgrad, 10. April. Dem „N. W. T.“ wird von hier berichtet:

Königin Natalie, die nun ein halb Jahr in Florenz wohnt, hegt den sehnlichsten Wunsch, nach Belgrad zurückzukehren. Die Königin hat die Intervention sehr hochstehender Persönlich- keiten in Wien angerufen, um ihre Rückkehr nach der Heimath zu ermöglichen. Zugleich hat sie sich zur Leistung des ausdrücklichen Versprechens er- bötigt gemacht, daß sie allen politischen Aspiratio- nen entsagen und eine politische Sonderstellung nicht anstreben werde. Es wurde ferner betont, daß die Rücksicht auf den zwölfjährigen Kron- prinzen Alexander, auf dem die ganze Hoffnung der Dynastie ruhe, es erheische, daß er dem Lande durch dauernden Aufenthalt im Auslande nicht entfremdet werde. König Milan hat hierauf in einem ausführlichen Memoire dargelegt, daß die Rückkehr der Königin die Schwierigkeiten der in- neren Situation nur erhöhen würde. Was den Kronprinzen Alexander betrifft, so sei durch die Wahl der Männer in seiner Umgebung, nament- lich durch die Bestellung des patriotischen Dr. Dosits zum Gouverneur, jede Garantie geboten, daß der Thronerbe im nationalen Geiste erzogen werde. Auch er — König Milan — selbst habe bis zum 15. Jahre im Auslande gelebt und sei bis zu dieser Zeit nicht einmal der serbischen Sprache mächtig gewesen. Nach dieser Erklärung des Königs wurden die Verhandlungen nicht wie- der aufgenommen. Königin Natalie bleibt also auch fernerhin im Auslande.

Sofia, 11. April. Aus vielen Orten Ma- cedoniens wird gemeldet, daß die türkische Regie- rung Truppen, welche in den Karernen keinen Platz fanden, in die christlichen Kirchen einlogirt habe. Ein solches Vorgehen wird hoffentlich nicht ungerügt bleiben. Die heutige „Swoboda“ tit- tet in einem Artikel, den sie direkt an den Groß- herrn richtet, um Abstellung dieses Uebels.

Der österreichisch-ungarische Exportverein hat seit dem 1. April ein Export-Musterlager in Sofia eingerichtet. Die österreichische Industrie, welche der deutschen seit einigen Jahren in Bul- garien vollkommen weichen mußte, macht mit dem Exportlager Anstrengungen, um ein früher ihr gehöriges Absatzgebiet zurückzuerobieren. Die in dem Musterlager ausgestellten Proben aller Bran- chen sollen, wie mir versichert wird, von großer Güte und Wohlfeilheit sein, so daß schon mehr- fache Aufträge eingingen. Die deutsche Industrie sollte angesichts dessen nicht in Gleichgültigkeit verharren, damit das mühsam errungene Terrain auch weiter von ihr behauptet werde.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 15. April. Zum Besten der Ueber- schwemmten wird der „Sängerchor des Stettiner Lehrer-Vereins“ unter Leitung seines Dirigenten, des Herrn Prof. Dr. Lorenz, am Sonntag, den 22. d., Abends 8 Uhr, in der St. Jakobikirche ein Konzert veran- stalten. Die Konzertfängerin Fräulein D. Verbe- d aus Berlin, sowie der blinde Orgelvirtuose Herr Hildebrand hier selbst haben gütigst ihre Mit- wirkung zugesagt.

Das Kaiser-Panorama ist nunmehr nach dem Hause Hofmarkt 6, 1 Treppen, verzo- gen und folgt ihm sicherlich die wohlverdiente Gunst des Publikums auch in sein neues Heim. Zur Aus- stellung kommt für diese Woche eine hochinteres- sante Reise durch die oberitalienischen Alpen, außerdem noch die Aufzählung Kaiser Wilhelms

im Dome. Ein recht reger Besuch ist somit nur zu empfehlen.

In der Woche vom 8. bis 14. April wurden in der hiesigen Volkstheater 1540 Per- sonen verabreicht.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Mit 50 Pf. Aufzahlung. Gastspiel der Hof- opernfängerin Fräulein Auguste Meyer vom Hoftheater in Mannheim. „Lohengrin.“ — Bellevue-theater: „Er ist Baron“, oder: „Der Schuster in Floribus.“

Montag. Stadttheater: Zu halben Preisen (Parquet 1 Mark 20.). Zum 7. Male: „Die sieben Schwaben.“ Volkstheater in 3 Akten.

Vermischte Nachrichten.

Man weiß nicht, ob man mehr die Un- versorenheit oder die Naivität bewundern soll, mit welcher französische Blätter ihren Lesern die albernsten Märchen vorzulegen wagen. Ein hübsches Stückchen leistet neuerdings der „Gil-Blas“, welcher mit ernsthaftester Miene von der Fürstin Pauline Metternich in Wien das folgende Fran- cillon-Abenteuer erzählt, das sich vor einigen Wochen auf der Opern-Reboute zugetragen haben soll. Die Fürstin befand sich, so schreibt „Gil-Blas“, auf dem Opernball, und ihr jugendliches Wesen, ihre charmanten Muts lenkten die Auf- merksamkeit eines jungen Menjchen auf sich, der am selben Tage sein Monats-Salair als Kommiss ausbezahlt erhalten hatte. Der junge Mann sprach die ihm unbekannte Dame an — die Fürstin trug einen Domino — lud sie zum Tanze und später auch zum Souper, welchen Einladun- gen sie bereitwilligst Folge leistete. In dem Souper nahm noch eine andere Dame, eine Freundin der Fürstin, Theil. Da der junge Mann hinter den eleganten Dominos seine Da- men vermutete, ließ er ein lukullisches Souper auftragen, so zwar, daß ihm nach Bezahlung der Rechnung nicht ein Kreuzer übrig blieb. Er hatte die Summe vorausgabt, mit welcher er den ganzen Monat hätte auskommen sollen. Die Damen empfahlen sich nach dem Souper von dem jungen Manne und der erste Domino (die Für- stin) reichte ihm die Hand zum Kusse. Am näch- sten Morgen war der Kommiss natürlich verzwei- felt, als er die Ebbe in seiner Kasse gewahr wurde. Als er in seinem Zimmer Umschau hielt, bemerkte er auf dem Tische ein parfümirtes Brief- chen, welches lautete: „Mein Herr! Sie haben gestern wahrhaft ritterlich gehandelt, als Sie meiner Laune Rechnung trugen. Ich wußte, welches Opfer es Ihnen hat kosten müssen. Ich bitte Sie, den ansehnlichen Check annehmen zu wollen. Indem ich Ihnen für die uns bereitete heitere Stunde danke, verbleibe ich der Domino von gestern. Pauline Metternich.“ Der Check lautete auf hundert Gulden.

(Abgeführt.) Stuger (zum anderen): „Sieh mal, was das Mädel für einen feuer- rothen Rock anhat. Wenn die ein Dache sieht, wird er wild.“ — Spreewälderin (sich um- wendend): „Und das sagen Sie so ruhig!“

Verantwortlicher Redakteur W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

München, 14. April. Abgeordnetenkommer. Der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des pfälzischen Hypotheken- und Vormundschafts- rechtes wurde einstimmig und fast ohne Debatte angenommen.

Wien, 13. April. Der Kronprinz ist heute Abend zur Vornahme von Truppenbesichtigungen nach Ungarn abgereist.

Wien, 14. April. Der „Neuen Freien Presse“ wird aus Berlin gemeldet:

„Die Kanzlerkrise soll auf dem besten Wege sein, beigelegt zu werden. Es sollen weder po- litische noch Personalveränderungen stattfinden, die Verlobung der Prinzessin Viktoria mit dem Prinzen Alexander von Battenberg aber dennoch erfolgen.“

Rom, 13. April. Nach einer Meldung aus Massawa wurden die ersten der zur Rückkehr bestimmten Truppen heute früh an Bord des „Bo- sphore“ eingeschifft.

Paris, 14. April. Gestern fanden in Ca- teau und in Hazebrouck äußerst stürmische Wähler- versammlungen statt. In Cateau wurde die Kandidatur Boulanger's verworfen, in Hazebrouck konnte kein Redner zum Wort kommen. Dem „Gaulois“ zufolge bereist Boulanger nach seiner Wahl das Norddepartement.

Wasserstand.

D der bei Breslau, 13. April, 12 Uhr Mittags, Oberpegel 5,53 Meter, Unterpegel + 2,20 Meter. — B r e g, 13. April, 7 Uhr Vormittags, Oberpegel 5,48 Meter, Unterpegel 3,88 Meter. Steigt. — Stein a u a. D., 13. April, 7 Uhr Vormittags, Unterpegel 3,80 Meter. Steigt. — G l o g a u, 13. April, 8 Uhr Vormittags, Unterpegel 3,68 Meter. Steigt. — E l b e bei Dresden, 13. April, + 1,58 Meter. — Magdeburg, 13. April, + 3,46 Meter. — B r o m b e r g, 13. April. Wasserstand. 1. Stadtschleuse. Am Oberhaupt 5,44 Meter, am Unterhaupt 3,28 Meter am Pegel der neuen Stadtschleuse. — R e s e bei Filschne, 12. April, 2,60 Meter, bei Ufsh, 12. April, 2,72 Meter. — W e i s s e l bei Deutsch-Jordon Pegel unter Wasser. Hafenschleuse, 12. April, Oberhaupt 7,18 Meter, Unterhaupt 6,93 Meter. Warschau, 12. April, 1,95 Meter.